

Lichtenstein-Callberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau und Mülsen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

40. Jahrgang.

Nr. 288.

Freitag, den 12. Dezember

1890.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postämter, Postboten, sowie die Abnehmer entgegen. — Preise werden die viergetragene Korpusseite oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

Wir machen wiederholt aufmerksam, daß, um das Tageblatt rechtzeitig fertig stellen zu können, nur alle die Inserate, welche uns bis spätestens mittags 12 Uhr zugehen, in die nächste Nummer Aufnahme finden können.
Die Tageblatt-Expedition.

Bekanntmachung.

Bei der am heutigen Tage hier stattgefundenen Stadtverordneten-Ergänzungswahl sind die Herren

Handelmann **Eduard Weidauer** und
Tischlermeister **Hermann Rickborn**

als **anfassige Stadtverordnete**, die Herren

Fabrikant **Ludwig Paul Zierold** und
Friedrich Louis Berger

als **anfassige Ersahmänner**, Herr

Musterschläger **Wilhelm Gustav Friedrich**

als **unanfassiger Stadtverordneter**, und Herr

Webermeister **Paul Kerschmar**

als **unanfassiger Ersahmann** gewählt bez. wiedergewählt worden, was in Gemäßheit von § 63 der revid. Städteordnung vom 24. April 1873 mit dem Bemerkten hierdurch bekannt gemacht wird, daß nach § 62 der gedachten Städteordnung, Einwendungen gegen das Wahlverfahren, bei Verlust derselben, binnen 3 Wochen hier anzubringen sind.

Callenberg, den 10. Dezember 1890.

Der Bürgermeister.

Schmidt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 10. Dezbr.

1 1/2 Uhr. Am Bundesratsstische: Reichskanzler v. Caprivi, Staatssekretäre v. Bötticher, v. Marschall, v. Malshahn, Admiral Hollmann. Das Haus ist mäßig besetzt. Die Helgoland-Vorlage wird in der Gesamtstimmung endgültig angenommen und sodann die erste Etatsberatung fortgesetzt.

Abg. Graf **Behr** (freikons.): Der Abg. Richter hat gestern seine Genugthuung darüber ausgesprochen, daß die Ära Bismarck vorüber ist. Ich möchte doch, in dieser Zeit wäre Großes genug geschaffen, was in ganz Deutschland Anerkennung gefunden hat. Herr Richter hat von einer Aenderung der Zollpolitik gesprochen. Steht dieselbe wirklich in Aussicht? Jedenfalls müssen auch die Industriezölle fallen, wenn die landwirtschaftlichen Zölle herabgesetzt werden sollen, was der Landwirtschaft recht ist, ist der Industrie billig. Ich würde es aber sehr bedauern, wenn in unserer Wirtschaftspolitik eine solche Aenderung eintrete, die bedeutende Folgen haben würde. Was den Etat betrifft, so muß bei demselben die peinlichste Sparsamkeit beobachtet werden. Für die Unteroffizierprämien wird eine Aenderung in der Art der Gewährung in Aussicht zu nehmen sein. Für die Adjutanten der Infanterie ist eine Unterstufung beim Ankauf ihrer Dienstpferde wohl am Platze, doch werden wir nicht ganz so weit gehen, wie die Militärverwaltung fordert. Bei der Prüfung des Etats müssen wir vor allem eine Erklärung der Regierung darüber haben, ob sie den alten Cours in Bezug auf die Zollpolitik beibehalten will oder nicht. Nach meiner Ansicht ist dieser Etat nur verständlich, wenn der alte Cours beibehalten werden soll. Denken Sie doch auch an die Alters- und Invalidenversicherung, wie sollen denn die Mittel für dieselben aufgebracht werden, wenn die Zölle herabgesetzt sind?

Abg. **Windthorst** (Ctr.): Bei jeder Zollreform muß vor allen Dingen auf die Erhaltung der Frankenstein'schen Klausel bedacht genommen werden. Sie ist das Fundament, auf welchem die ganze neue Steuergesetzgebung ruht. Ich frage mich aber, was soll denn bei unseren Zöllen abgeändert werden? Der Zolltarif ist doch ein einheitliches Ganzes, aus welchem man nicht beliebige Stücke herausreißen kann. Er besteht zum Schutze der nationalen Arbeit und sichert den Arbeitern den Bezug angemessener Löhne. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Kommt uns die österreichische Regierung beim Abschluß eines neuen Handelsvertrages nicht genügend entgegen, so legt für uns nicht der mindeste Grund vor, von unseren Zollbestimmungen Oesterreich zu Liebe etwas zu opfern. Redner wendet sich alsdann ausführlich in scharfen Worten gegen die Sozialdemokratie, bleibt aber, da er nach links hinüberspricht, auf der Journalistentribüne völlig unverständlich. Dem Abg. Richter stimme ich in seinem Prinzip, zu sparen, bei, muß aber seiner Kritik des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes entschieden widersprechen. Ich verspreche mir recht viel von der Vor-

lage. Freilich würden wir uns hüten müssen, auf diesem Wege im Sinne der Sozialdemokraten weiter zu gehen, das würde unsere Industrie doch nicht aushalten können. Zur äußersten Sparsamkeit nötigen auch die Erfahrungen mit der jüngsten Reichsanleihe, das Geld wird nicht bloß teuer, sondern auch knapp, das sehen wir ja doch alle. Machen wir darum mit dem Sparen einen ernstlichen Anfang bei dem vorliegenden Etat. Was die Kolonialpolitik betrifft, so müssen wir darüber erst noch näheres hören, bevor wir uns über die Neuforderungen entscheiden können. Was den Militäretat betrifft, so sind, das erkenne ich an, die Neuforderungen in demselben lediglich eine Folge unserer früheren Bewilligungen. Aber auch hier müssen wir uns auf das unummittelbar Notwendige beschränken. Wir werden uns namentlich fragen müssen, ob das Tempo der Bewilligungen nicht gemäßigt werden kann, indem wir das, was hier für ein einziges Jahr gefordert wird, auf mehrere Jahre verteilen. Die Unteroffizierprämien, so wünschenswert sie auch sein mögen, werden doch hinausgeschoben werden können. Auch für die Marine empfiehlt sich ein langsames Tempo im Bauen. Wir haben bereits früher zuviel erste Raten bewilligt, jetzt folgen nun zu schnell die weiteren Bewilligungen. Neue Schiffe, die im Bau erst noch angefangen werden sollen, müssen für dies Jahr unbedingt zurückstehen. In keinem Falle dürfen durch Neuforderungen neue Steuern nötig werden, das Land kann sie nicht tragen. Ich bitte darum die Herren von der Budgetkommission dringend, sich von unbedingter Sparsamkeit leiten zu lassen. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär v. **Malshahn** legt das von der Reichsregierung beobachtete Verfahren bei Begebung der letzten Anleihe dar. Die Regierung hat in dieser Beziehung nichts versäumt. Taglich der Geldmarkt so ungünstig gestaltet würde, wie es in der letzten Zeit geschehen ist, konnte Niemand voraussehen.

Abg. **Fregge** (kons.): Es wäre vielleicht besser, wenn die Reichsregierung die Begebung ihrer Anleihen nicht durch Bank-Konfortien betreiben ließe, sondern selbst mit der Bevölkerung in geeigneter Form in unmittelbare Verbindung treten würde. Die heutigen mäßigen Verhältnisse des Geldmarktes würden sich aber auch viel weniger fühlbar machen, wenn die Reichsregierung sich entschließen könnte, dem Silber zu seinem Rechte zu verhelfen und die Doppelwährung einzuführen. Die heutigen billigen Silberpreise würden eine günstige Gelegenheit für Silberankäufe bieten. Sehr beruhigend wird im Lande die Erklärung des Herrn Reichskanzlers wirken, daß neue Militärforderungen nicht in Aussicht stehen. Die Militärlasten sind in der That recht hoch. Auch wir sind übrigens erstaunt über die plötzliche Erhöhung der Kosten für Schiffsbauten und werden hierüber noch nähere Aufklärungen in der Kommission erforderlich sein. Die Fourageentschädigung für Offiziere werden wir bewilligen, aber wir wünschen eine gleichmäßige, für alle Offiziere maßgebende grundlegende Bestimmung hierüber. Die Unteroffizierprämien werden eine

sorgfältigere Auswahl des Personals ermöglichen und so für die Zukunft einen Nutzen bringen, der durch die Mehrausgaben nicht zu teuer bezahlt ist. Für Kolonial-Ausgaben kann der eng begrenzte Standpunkt des Abg. Windthorst nicht maßgebend sein. Auch dem Plane der Unteroffizier-Vorschulen stehen wir sympathisch gegenüber. Die Kasernen-Neubauten, sofern sie im Osten und Westen des Reiches erforderlich sind, werden wir bewilligen, dagegen wünsche ich, daß die Kasernenbauten im Innern des Reiches für das nächste Jahr aus finanziellen Rücksichten verschoben werden. Die Beunruhigung der Zuckerfabrikation durch die neue Zuckersteuervorlage halte ich für sehr bedauerlich. Wenn wirklich neue Steuern erforderlich sind, würde sich eine solche auf Zündhölzer empfehlen. Ich bin überzeugt, daß auch die heutige Reichsregierung den alten Cours innehält, und der Versuch des Abg. Richter, diesen Cours für sich günstig zu deuten, war ganz verfehlt. Mag Herr Richter über den Fürsten Bismarck sagen, was er will, wir sind dem früheren Reichskanzler dankbar, auch wo er nun nicht mehr auf seinem Platze ist. Bei der Veranschlagung der Reichs-Einnahmen erscheint mir doch Vorbehalt nötig, da nicht vorauszu sehen ist, ob die Getreidezölle ihre vorjährige Höhe beibehalten werden. Die Agitation zur Beseitigung der Zölle, die aus Berlin ausgegangen ist, findet übrigens im Lande keinen Anklang. Roggenproduzent ist hauptsächlich der kleine Bauer. Er weiß am besten, was es mit der Verteuerung des Getreides auf sich hat. Die Sozialdemokraten, die sich mit Unrecht Vertreter der Arbeiter nennen, eigentlich sind sie Vertreter der Nichtarbeiter, mögen nur fortfahren, wie Herr Bebel es gethan, das religiöse Gefühl im Volke zu verletzen, sie werden schon sehen, wohin sie damit kommen. Der Verstoß des Abg. Richter gegen die Zollpolitik war recht deutlich in seinen Andeutungen über die mit Oesterreich gepflogenen Verhandlungen erkennbar. Er wollte die schutz-zöllnerische Stellung Deutschlands schwächen. (Sehr wahr, Widerspruch.) Ich sage aber, erhalten wir uns unsere heutigen Einnahmequellen. Eine Armee kann man eher schaffen, als neue Steuerquellen. Ohne solche keine Armee. (Beifall.)

Abg. **Sopio** (natlib.) bekämpft die bimetalistische Anschauungen des Borredners, von deren Ausführung kein Vorteil zu erwarten sei, und erklärt sich mit den erhöhten Pforderationen und den Unteroffizierprämien einverstanden. Erfreut bin ich, daß wir mit unserer Kolonialpolitik zu einem gewissen Ruhestand gelangt sind. Die Angriffe des Herrn Richter waren nicht berechtigt, jedenfalls ist die deutsche ostafrikanische Gesellschaft vollaus in der Lage, ihr Kolonisationswerk zu fördern. In Südwestafrika sollen Versuche mit Ackerbaufolonien gemacht werden und sind hierfür 25 000 Mark in den Etat eingestellt. Dieser bedeutsame Versuch ist dankbar anzuerkennen. Die wirtschaftliche Lage ist nicht so schlimm, wie Herr Windthorst meinte. Der Wohlstand hat sich gehoben. Dank der sicheren